

01/2024

GESCHICHTSKULTUR RUHR

25 Jahre Route Industriekultur

GESCHICHTSKULTUR  
**RUHR**

FORUM

01/2024  
ISSN 1436-7661  
9,00 EUR

GESCHICHTSKULTUR

**RUHR**



**25 JAHRE  
ROUTE INDUSTRIEKULTUR**

AKTUELLE VERANSTALTUNGEN UND AUSSTELLUNGEN

WICHTIGE REZENSIONEN UND NEUERSCHEINUNGEN

RUHRGEBIETSBIBLIOGRAFIE



# Bundesstiftung Industriekultur

## Debatten und Prozesse in der Politik und in den Regionen

Industriekultur ist seit den frühen 1980er Jahren immer ein Thema regionaler Schwerpunktsetzungen in Folge spezifischer Indikatoren und Faktoren gewesen. Weder gibt es seit dieser Zeit eine nationale Repräsentanz von Akteuren und Einrichtungen noch eine spezifische Adresse für eine Förderung auf Seiten des Bundes. In den letzten drei Jahren ist die Szene in Bewegung geraten: Es tut sich was im Lande und in der Politik.

**Joseph Hoppe**

Am Donnerstag, den 24. Juni 2021, kommt der Bundestag zu seiner letzten Sitzung der noch laufenden Legislaturperiode zusammen. Im September soll neu gewählt werden, eine Fortsetzung der regierenden Großen Koalition ist unwahrscheinlich. Doch es werden noch zahlreiche Anträge eingebracht und behandelt. Als Tagesordnungspunkt 45 d wird ein Antrag der Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD aufgerufen, der den Titel „Industriekultur in Deutschland gezielt fördern“ trägt. Das Protokoll vermerkt: „Drucksache 19/30982. Wer stimmt für diesen Antrag? – Fraktion Die Linke, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und CDU/CSU. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Fraktionen von FDP und AfD. Der Antrag ist damit angenommen.“ Offensichtlich gab es keine Debatte, das Pensum der abzuarbeitenden Anträge an diesem Tag ist überdurchschnittlich groß.

Tatsächlich wird mit diesem Antrag zum ersten Mal explizit das Thema Industriekultur auf der Bühne des nationalen Parlamentes behandelt und das auch noch mit einer über die Große Koalition weit hinausreichenden Zustimmung. Doch was genau wird an diesem Tag beschlossen und was sind die Hintergründe?

Wenn auch die Aufmerksamkeit im Parlament so kurz vor den Wahlen vorrangig anderen Themen gilt, so wird in

der Community der Industriekultur schon die Entstehung des Antrags mit Aufmerksamkeit verfolgt und seine Annahme mit einem gewissen Stolz, aber auch mit großen Erwartungen registriert.

### Genese des Antrags

Der vergleichsweise umfangreiche Text des Antrags wurde von der SPD-Abgeordneten Katrin Budde erarbeitet, die aus Sachsen-Anhalt stammt und den Wahlkreis Mansfeld-Süd mit Nachbarregionen im Bundestag vertritt. Katrin Budde ist diplomierte Ingenieurin und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Ost-SPD, hat lange im Landtag von Sachsen-Anhalt Politik gemacht, war dort Ministerin, ist



Das UNESCO-Welterbe Bergwerk Rammelsberg in Goslar; © Sammlung Weltkulturerbe Rammelsberg.

aber 2017 in die Bundesebene gewechselt. Ihre Arbeitsfelder sind vor allem Arbeit und Wirtschaft, durch ihre einschlägigen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den Produktionsstrukturen der ehemaligen DDR hat sie ein besonderes Sensorium für Transformationsprozesse mit ihren Folgen für einzelne Menschen und ganze Regionen. Entwürfe des Textes kursierten vorab in diversen Netzwerken mit der Bitte um Stellungnahme und Ergänzungen. Offensichtlich hat die Schwarmintelligenz der Netzwerke in Verbindung mit einer kompetenten und erfahrenen Politikerin gut funktioniert. Der Text greift erstaunlich viele Themen und Probleme der aktuellen Arbeit in und mit der Industriekultur auf und entwirft ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Ideen.

### Inhalt des Antrags

Im ersten Teil geht der Text auf die Rolle und das Verständnis von Industriekultur vor dem Hintergrund einer nun schon weit über 150-jährigen Geschichte von Industrialisierung und Deindustrialisierung in Deutschland ein. Der Schwerpunkt seiner Argumentation liegt aber nicht darin, Industriekultur an den Kanon der sogenannten Hochkultur anzuschließen, sondern ihre Potentiale im Hinblick auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen darzulegen: „Stätten der Industriekultur werden zu Museen, zu Veranstaltungsorten, zu Kulturorten oder auch zu Dienstleistungszentren. So werden sie zugleich zu Orten des Bewahrens, der Transformation sowie zu Räumen der Kreativität und Innovation, die als ‚Labore der Zukunft‘ zeigen, wie die Arbeits-, Technik- und Lebenswelt von gestern als Impuls für heute und morgen genutzt werden kann. Indem sie sich neuen Entwicklungen und Nutzungen anpassen, werden sie zu Katalysatoren einer Entwicklung, die uns viele Fragen neu stellt – Digitalisierung, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Klimawandel und Migration – und helfen uns zugleich, innovative Antworten darauf zu finden. Das industriekulturelle Erbe hat städtebaulich, wirtschaftlich, touristisch und kulturell ein enormes Entwicklungspotenzial. Dieses gilt es zu nutzen und zu fördern. Industriekulturelle Bauten können zu sogenannten Dritten Orten werden, Räume für Kulturschaffende und Kreative bieten.“

Der Antragstext<sup>1</sup> schließt mit einer beachtlichen Aufzählung von konkreten Maßnahmen, die für sinnvoll und notwendig gehalten werden, um die Zielsetzung des Antrags zu erreichen, nämlich eine lebendige Landschaft der Industriekultur in der Bundesrepublik zu erhalten und zu fördern.

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und der Zuständigkeit des Bundes

1. ein Sonderprogramm „Lebendige Industriekultur“ zu schaffen und dieses mit 50 Millionen Euro jährlich auszustatten. Schwerpunkte des Programms sollen investive Maßnahmen zur Kultur- und Denkmalpflege sein, welche auch den Wandel der Arbeitswelt sichtbar werden lassen können und Bildung und Tourismus zu Gute kommen;
2. die internationale Vernetzung und den Informationsaustausch zu intensivieren;

3. die Förderung ausgewählter Projekte der Industriekultur als langfristige Aufgabe zu sehen und entsprechend im Bundeshaushalt strukturell zu verankern;
4. die Deutsche Zentrale für Tourismus, die im Auftrag der Bundesregierung im Ausland für Deutschland als Reiseland und in diesem Zusammenhang auch für die Industriekultur in Deutschland wirbt, weiter zu fördern;
5. die Erhaltung des Industriekulturerbes mit den Ländern und Kommunen abzustimmen;
6. bei der Förderung ehemaliger Industrieanlagen sowie ehemaliger Industriestandorte die Nachhaltigkeit zu gewährleisten und neue Wege bei der Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Energieeffizienz zu erproben;
7. durch weitgehende Barrierefreiheit bei der Sanierung der Bauten soweit möglich allen Menschen die Möglichkeit zu geben, diese Orte besuchen zu können;
8. verstärkt Bauten der Industriekultur in den ländlichen Räumen zu fördern, da damit auch touristische und wirtschaftliche Aspekte für die strukturschwachen Regionen verbunden sind;
9. den Strukturwandel ‚Kohleausstieg‘ als Herausforderung und Chance für die Industriekultur zu nutzen, ihn zu einer Triebkraft für die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft zu machen und die Menschen vor Ort dabei einzubinden;
10. ehrenamtliches Engagement im Bereich der Industriekultur zu würdigen;
11. sich bei den Ländern dafür einzusetzen, dass diese sich für die Aufnahme weiterer außergewöhnlicher Orte der deutschen Industriekultur in die Europäische Route der Industriekultur stark machen.“

Mit einer Fördersumme von 50 Millionen Euro wird ein namhafter Betrag aufgerufen, der für die kleinteilige und sehr oft vom Ehrenamt getragene Szene der Industriekultur in Deutschland eine vollkommen neue Qualität bedeuten würde. In den Forderungen werden alle Stichworte aufgeführt, die aktuell und zukünftig die Arbeit mit der Industriekultur bestimmen werden: Internationale Vernetzung, Nachhaltigkeit, energetische Effizienz, ländliche Räume und touristische Inwertsetzung.

### Charakter des Antrags

Wie schon der Zeitpunkt der Verabschiedung des Antrags erahnen lässt, war an eine Umsetzung trotz breiter Zustimmung im Bundestag vorerst nicht zu denken. Diese Art von Anträgen hat ohnehin eher appellativen Charakter und verpflichtet die zuständigen Ministerien noch nicht, unmittelbar tätig zu werden, erst recht nicht zum Ende einer Legislaturperiode. Insofern musste man gespannt sein, wie eine nach der Wahl neu zusammengesetzte Bundesregierung auf die Intention des Antrags reagieren würde.

### Industriekultur oder Industrielles Welterbe? Eine überraschende Pressekonferenz

Am 14. und 15. Oktober 2021 findet auf der Zeche Zollverein ein großer Kongress statt, zu dem die Stiftung Zollverein eingeladen



Auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein findet 2021 die Tagung „Industrielles Welterbe. Chance und Verantwortung“ statt; © Ludger Staudinger.

hat. Der Titel der Veranstaltung ist programmatisch gewählt: „Industrielles Welterbe. Chance und Verantwortung“, die Auswahl der Panel-Besetzungen ist exquisit und international ausgerichtet, der Kongress dementsprechend sehr gut besucht und beeindruckend in der Qualität. Interessant in unserem Zusammenhang ist die Pressekonferenz, auf der die sieben Welterbestätten der Industriekultur in Deutschland eine gemeinsame Erklärung vorstellen. In dieser Erklärung beziehen sich die Unterzeichner zunächst positiv auf den oben zitierten Antrag vom Juni 2021, unternehmen aber in der Folge eine überraschende Umdeutung der Intentionen: Die sieben Welterbestätten schlagen konkret die Gründung einer Stiftung vor, die vor allem die Arbeit dieser Einrichtungen unterstützen möge und deren Ausstattung sich an den Beträgen orientieren sollte, die der Bund für die großen Trägereinrichtungen des „postkolonialen Erbes“ aufwendet. Es lässt sich ableiten, dass an eine Größenordnung von gleichfalls mehreren hundert Millionen Euro gedacht wird. Konkret stellt man sich die Konstruktion so vor:

„Die Schaffung einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit in Form einer Stiftung ermöglicht dem Bund als Zuwendungsgeber eine Mitwirkung in den Gremien. Zugleich gibt diese Dachorganisation den sieben Welterbestätten mit ihren diversen Trägerkonstruktionen die Möglichkeit, im unmittelbaren Zusammenwirken gemeinsame Projekte zu erarbeiten und Standards zu setzen, um die Qualität der Förderung und des Erhalts der Industriekultur in Deutschland insgesamt weiter zu steigern.“<sup>2</sup>

Die Verengung einer Förderung von Industriekultur vor allem auf die sieben Welterbestätten löst nach Bekanntwerden der Verlautbarung erste Irritationen bei vielen Gästen des Kongresses aus, die die vielfältige Breite der Industriekultur in Deutschland repräsentieren. In nachhinein kann man den Initiatoren der Verlautbarung jedoch ein Kompliment zum Timing machen: Die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl am 26. September sind angelaufen, es wird eine neue Koalition geben, welche die SPD anführt und von der man sich viele neue Akzente bei politischen Vorhaben versprechen kann.

### Industrielles Welterbe im Koalitionsvertrag

Am 24. November 2021 wird der neue Koalitionsvertrag der Ampel veröffentlicht unter dem programmatischen Titel „Mehr Fortschritt wagen“. An vielen Stellen werden hier tatsächlich neue Ziele und Wege beschrieben und es taucht auch das Thema Industriekultur auf, zwar sehr knapp, aber die Botschaft ist eindeutig: „Wir wollen das bauliche Kulturerbe nachhaltig sichern, zugänglich machen und das Denkmalschutzsonderprogramm unter ökologischen Aspekten weiterentwickeln. Wir schaffen eine ‚Bundesstiftung industrielles Welterbe‘ [...]“<sup>3</sup>

Damit ist das Thema einer nationalen Förderinstitution verbindlich auf die Agenda der neuen Regierung gesetzt, die Zuständigkeit für die Umsetzung liegt nach der Auslegung des Vertrages bei der Beauftragten für Kultur und Medien, also dem Ressort, das von Claudia Roth (Die Grünen) geführt wird. Allerdings wirkt die



Hochofengruppe und Erzschräufzug des Weltkulturerbes Völklinger Hütte; © Günther Bayerl / Weltkulturerbe Völklinger.

Ausformulierung wiederum wie eine Bestätigung der Intentionen der sieben Welterbestätten, die sich ja nur einen Monat früher eindeutig auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt hatten. Während man also in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Alfeld, Augsburg, Goslar, Völklingen und Augsburg und im Erzgebirge, also an den Orten der Welterbestätten, Grund zum Feiern hat, rührt sich in der bundesweiten Community mit ihren kleinen und mittleren Einrichtungen Unmut. In verschiedenen Netzwerken beginnt eine Diskussion darüber, wie man denn auf die im Koalitionsvertrag getroffene Festlegung reagieren könne. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung vieler Initiativen und Projekte in der Fläche wird eine privilegierte Förderung der ohnehin verhältnismäßig gut ausgestatteten Welterbestätten als unproportional und ungerecht empfunden.

Zunächst in kleineren Kreisen, dann in großen Online-Meetings mit dutzenden Industriekultur-Einrichtungen artikulieren sich Unverständnis und Widerspruch. Zugleich finden erste Konsultationen mit dem BKM und Bundestagsabgeordneten statt, um zu eruieren, wie denn die knappe Formulierung im Koalitionsvertrag genau zu verstehen sei und wie man sich das weitere Vorgehen in der Sache vorzustellen habe. Weit überwiegend wird von den Angesprochenen die Einschätzung vertreten, dass eine vorrangige oder gar ausschließliche Konzentration einer nationalen Förderung auf die Welterbestätten politisch eigentlich nicht gewollt sei und niemand sich obendrein vorstellen könne, dass der Bund sich in massiver Weise dauerhaft an den Kosten für Erhalt und Betrieb der Welterbestätten beteiligen

werde. Auch aus möglicherweise ebenfalls involvierten Ministerien wie dem Bauministerium oder dem Ministerium für Arbeit und Soziales ist zu hören, dass es zur Frage einer konkreten Ausgestaltung der geplanten Bundesförderung in Sachen Industriekultur noch viel Gesprächsbedarf und mehr offene als geklärte Punkte gebe. Sehr oft fällt der Satz, dass ein solches Programm keinesfalls in Steine, sondern vielmehr in Köpfe investieren müsse.

### Die Szene organisiert sich

Zum ersten Mal ist als Reaktion auf diese Diskussionen und Informationen zu beobachten, dass sich ein Netzwerk organisiert, das weit über die bei Europäische Route der Industriekultur (ERIH) Deutschland vertretenen Projekte hinausgeht. Engagierte Einzelpersonen melden sich, aber auch übergeordnete Vereinigungen wie die Fachgruppe der Technischen Museen im Deutschen Museumsbund oder die AG Industriedenkmalpflege im Dachverband der Landesdenkmalpfleger und bieten ihre Unterstützung an. Die Ausformulierung eines *Mission Statements* der Community wird angestoßen; Ziel soll die bessere Erkennbarkeit von Selbstverständnis und Zielen der vielfältigen Industriekultur-Szene sein. Zugleich finden erste Gespräche mit den sieben Welterbestätten statt. Hier hat man inzwischen registriert, dass es einen ernstzunehmenden Gegenwind für die ursprünglichen Pläne gibt und dass die politische Unterstützung eines Programms, wie es im Oktober 2021 formuliert worden war, doch nicht mehr so ausgeprägt zu spüren ist wie anfangs erhofft.



Auch kleinere Standorte wie das LWL-Museum Zeche Hannover zählen zum industriekulturellen Erbe; Foto: LWL / Bednorz.

In mehreren gemeinsamen Runden von sieben Vertretern der Industriekultur-Community und den sieben Welterbestätten (AG 7+7) stellt sich heraus, dass es doch mehr Gemeinsames als Trennendes in den Interessen und Wünschen gibt. Beide Seiten teilen zudem die Einschätzung, dass es dem Anliegen einer nationalen Förderung gar nicht zweckdienlich sei, wenn sich zwei unterschiedliche, sich vielleicht gar widersprechende Stimmen in die notwendigen Auseinandersetzungen mit den politisch Verantwortlichen zu Wort melden würden.

Als erster Schritt einer Kooperation und einer klareren Ausformulierung von Interessen verabreden beide Seiten, dass bei allen Initiativen und Einrichtungen, die sich in den bisherigen Diskussionen engagiert haben, eine Umfrage gestartet werden soll, um Bedarfe und Notwendigkeiten für eine Förderstrategie in Sachen Industriekultur besser begründen und vortragen zu können. In mehrstündiger gemeinsamer Arbeit entwickelt die AG 7+7 einen umfangreichen Fragebogen, der an alle Akteure und Projekte verteilt wird. Zum ersten Mal entsteht so ein umfassendes Bild der deutschen Industriekultur-Landschaft und nebenbei ein Verteiler, in dem erstmalig ein Kataster dieser Landschaft sichtbar wird. Im Februar 2023 liegt die Auswertung der Befragung vor. Als nächsten Schritt beschließt die AG 7+7 in Abstimmung mit ihren jeweiligen Netzwerken die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung, die zukünftig die Grundlage eines einvernehmlichen Vorgehens bilden soll.

### Die Nürnberger Erklärung zur Industriekultur

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Erarbeitung des Textes der späteren Erklärung das Produkt von vielen Stunden intensiver, aber kooperativer Diskussion, aber schon einen Monat später ist eine erste Fassung fertiggestellt. Am 27. März 2023 findet im Nürnberger Mu-

seum Industriekultur das jährliche Treffen von ERIH Deutschland statt. Diesmal sind alle Akteure, die sich an den bisherigen Diskussionen über die geplante Bundesstiftung beteiligt haben, eingeladen, weil die vorbereitete Erklärung vorgestellt und verabschiedet werden soll. Dass ausgerechnet Nürnberg der Ort ist, an dem die Erklärung verabschiedet werden soll, wird allseits als ein gutes Omen betrachtet, hat doch ein modernes Verständnis von Industriekultur in Nürnberg in den 1980er Jahren durch die Arbeiten von Hermann Glaser und seinen Mitstreitern seine erste Ausgestaltung erfahren.

Der vorbereitete Text kann im Plenum nicht ohne weiteres verabschiedet werden, es gibt zahlreiche Hinweise und Vorschläge der Professionals, die vor Ort noch aufgenommen werden. Nach einer teils sehr engagierten Diskussion ist es soweit. Die neue Fassung wird noch einmal verlesen und dann einstimmig verabschiedet: Ein durchaus bedeutender und bewegender Moment, wie alle Anwesenden bestätigen.

Unter dem Titel „Für eine lebendige Industriekultur“ nimmt der Text zunächst eine Ortsbestimmung vor: „Aktuell befindet sich unsere Gesellschaft in einer tiefgreifenden Transformation, in der die Industriekultur mit ihren materiellen und immateriellen Zeitzeugnissen ein Schmelztiegel für die Fragen von heute und morgen ist. Im Rahmen ihrer thematischen Neuausrichtung beschäftigt sie sich nicht nur mit einer traditionellen Kulturgeschichte des industriellen Zeitalters. Vielmehr entwickeln sich die industriekulturellen Stätten vielerorts zu Zukunftslaboren für künftige Arbeits- und Lebenskonzepte. Sie stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt im postfossilen Zeitalter und sind Orte einer neuen Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit gesellschaftlicher Transformation, Nachhaltigkeit, Diversität und Klimaschutz bzw. -anpassung.“

Damit öffnet sich die Erklärung gedanklich den Debatten um einen umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozess, der nicht primär als Gefahr, sondern eher als Chance interpretiert wird. Die zentralen Begriffe signalisieren, dass sich auch die Arbeit an und mit der Industriekultur in einer Transformation befindet und eine neue Generation von engagierten Professionals und Ehrenamtlichen bereit ist, neue Kapitel aufzuschlagen und andere Wege zu gehen: Industriekultur auch jenseits einer Musealisierung und offen für andere Handlungsoptionen.

Aus den Ergebnissen der Befragung von über 150 Akteuren und Einrichtungen können eine Reihe von konkreten Bedarfen und Forderungen abgeleitet werden:

- „1. **Vergabe der Bundesförderung:** 72 % sprechen sich dafür aus, dass eine Bundesstiftung Programmlinien für das Feld der Industriekultur erarbeitet und danach die Mittel vergibt. Ganz deutlich wird der Wunsch nach einem zentralen Ansprech- und Förderpartner auf Bundesebene für alle Stätten der Industriekultur in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die Vernetzung der Orte und Initiativen, deren programmatische Stärkung und Professionalisierung.
2. **Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Information und Beratung zu Fördermitteln:** 70 % halten dies für sinnvoll und notwendig.
3. **Erarbeitung gemeinsamer Projekte und Standards:** 70 % sprechen sich dafür aus, wissenschaftlich fundierte Qualitätsstandards für Förderung und Erhalt der Industriekultur zu definieren. [...]
4. **Gemeinsames Kultur- und Tourismusmarketing:** Obgleich bereits 66 % der Befragten in diverse Aktivitäten zum Kultur- und Tourismusmarketing eingebunden sind, sind nur 25 % der Befragten mit den Effekten zufrieden. Es gibt somit ein deutliches Potenzial für Content-Kampagnen, die von der Bundesstiftung initiiert und koordiniert werden können.
5. **Wissensplattform für die Förderung und den Erhalt von Industriekultur:** Einschlägige Tagungen, Kongresse und Workshops werden von fast allen Befragten regelmäßig besucht, doch wünschen sich von der Bundesstiftung 54 % ein verstärktes bundesweites Angebot zu einem breiten Themenspektrum. [...] Ein besonderer Fokus liegt dabei auf gesellschaftlicher Transformation sowie Konversion, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Zukunft der Arbeit, auch im Hinblick auf deren Vermittlung in der Kinder- und Jugendbildung.“<sup>4</sup>



Initiatoren Katrin Budde, MdB, SPD, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien, Thomas Hacker, MdB, FDP, Michael Sacher, MdB, Die Grünen bei dem Fachgespräch am 13. Dezember 2023; © SPD-Bundestagsfraktion.

Den finalen Text der Erklärung versenden in der Folge Meinrad Grewenig als ERIH-Präsident und Oliver Scheytt als Vertreter der Welterbestätten an Staatsministerin Claudia Roth (BKM) und die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Katrin Budde MdB, mit der expliziten Bitte um ein Gespräch als Reaktion auf diese Proklamation, die nun gleichermaßen von allen Initiativen und den sieben Welterbestätten getragen wird. Leider erfolgt aus dem BKM monatelang gar keine Antwort, während Katrin Budde zu verstehen gibt, dass sie sich des Themas nunmehr annehmen will und über den von ihr geleiteten Ausschuss eine weitere parlamentarische Initiative in Gang setzen werde.

### Fachgespräche im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags

Als ersten Schritt bereitet Katrin Budde mit ihrem Büro eine Serie von Fachgesprächen vor, zu denen sie gemeinsam mit ihren Ausschuss-Kollegen Thomas Hacker MdB (FDP) und Michael Sacher MdB (Die Grünen) aus der Ampel-Koalition einlädt. Die erste Anhörung findet am 13. Dezember 2023 statt, die zweite am 31. Januar 2024. Eingeleitet werden die Anhörungen jeweils mit Statements von Expertinnen und Experten, der dann eine Aussprache mit zahlreichen eingeladenen Professionals aus dem gesamten Bundesgebiet folgt. Bei der ersten Anhörung steht das Thema „Stätten der Industriekultur als Orte kultureller und wirtschaftlicher Neunutzung“ im Vordergrund, das zweite widmet sich dem Thema „Gesellschaftliche Transformation, Zukunft der Arbeit, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Migration“. Der Kreis der eingeladenen Gäste, Referentinnen und Referenten bildet das vielgestaltige Spektrum der Industriekultur ab, die Beiträge sind kompetent und instruktiv. Alle Informationen, Anstöße und Anregungen aus diesen Runden, denen in den kommen-



Blick ins Plenum beim Fachgespräch; © SPD-Bundestagsfraktion.

den Monaten weitere folgen sollen, werden notiert und ausgewertet. Ziel der Abgeordneten ist es, bis zur Sommerpause einen weiteren Antrag vorzubereiten, der die Bundesregierung auffordern wird, eine Stiftung ins Leben zu rufen, deren Verfassung, Aufgaben und Arbeitsrichtlinien im Text des Antrags möglichst präzise und eindeutig beschrieben werden sollen. Für die Errichtung einer Bundesstiftung Industriekultur ist allerdings ein Gesetzgebungsverfahren erforderlich, dessen Zeitplan momentan noch schwer einzuschätzen ist.

### Fazit

Nunmehr jahrelange Bemühungen um eine nationale Förderung der Industriekultur und die damit einhergehende Anerkennung als herausragendes Kulturgut und besonderes gesellschaftliches Potential sind endlich auf einem guten Weg. Parallel zur Errichtung einer

Bundesstiftung muss die Community der Industriekultur den erkennbaren Weg der besseren Selbstorganisation weiterbeschreiten, die Schaffung einer gemeinsamen bundesweiten Vertretung ist unerlässlich – auch daran wird im neu entstandenen Netzwerk Industriekultur gemeinsam gearbeitet.

1 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930982.pdf>

2 [www.welterbeimharz.de/fileadmin/user\\_upload/05\\_presse/Pressemitteilungen/Verlautbarung\\_Instrustriekultur.pdf](http://www.welterbeimharz.de/fileadmin/user_upload/05_presse/Pressemitteilungen/Verlautbarung_Instrustriekultur.pdf)

3 [www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf)

4 [www.erih.de/fileadmin/Mediendatenbank/Downloads/5\\_WHAT\\_IS\\_NEW/Nuernberger\\_Erklaerung\\_zur\\_Industriekultur.pdf](http://www.erih.de/fileadmin/Mediendatenbank/Downloads/5_WHAT_IS_NEW/Nuernberger_Erklaerung_zur_Industriekultur.pdf) [letzter Zugriff: 18.02.2024]